

# 21

MAGAZIN des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln

## Eine ungewohnte Sicht

Die Welt wandelt sich zum Guten,  
aber kaum jemand nimmt es wahr





6

**Der übersehene Fortschritt**

Vieles auf der Welt verändert sich in die richtige Richtung: Armut und Kindersterblichkeit sinken kontinuierlich, Wohlstand und Lebenserwartung steigen stetig. Doch warum nimmt den Fortschritt kaum jemand wahr?

10

**Firmen müssen mehr bieten**

In deutschen Unternehmen bleiben immer mehr Ausbildungsplätze unbesetzt. Firmen müssen ihren Azubis daher oft mehr bieten als nur eine gute Ausbildung. Auch das IW Köln gewährt seinen Azubis einige Extras.



12

**Vernetzung auf allen Kanälen**

Auf dem neuen Onlineportal nordbord.de können sich junge MINT-Interessierte untereinander austauschen, experimentieren und Kontakte zu Wissenschaftlern und Unternehmen der Metall- und Elektro-Industrie knüpfen.

14

**Zu lange gezögert**

Um dem Pflegebedarf von morgen gerecht zu werden, hätten die Bundesländer eigentlich schon gestern den Ausbau von Heimen und Pflegediensten unterstützen müssen. Stattdessen setzen sie nach wie vor die falschen Anreize.

16

**Grundsteuer auf dem Prüfstand**

Immobilienbesitzer zahlen jährlich Grundsteuer an ihre Kommune. Doch die Berechnung der Abgabe ist intransparent und führt zu ungerechten Ergebnissen. Das IW setzt sich deshalb zusammen mit dem Naturschutzbund für eine Reform ein.

17

**Übernehmen die Maschinen?**

Rasenmähen, Autofahren, Krankheiten erkennen – es gibt immer mehr Aufgaben, die Computer und Roboter übernehmen können. Ist in der Arbeitswelt von morgen überhaupt noch Platz für den Menschen?



IMPRESSUM

Herausgeber: Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V., Postfach 10 19 42, 50459 Köln, Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln  
 Redaktion: Johannes Christ, Telefon: 0221 4981-547, Jork Herrmann, Telefon: 0221 4981-527, Katalina Präkelt, Telefon: 0221 4981-552, 21@iwkoeln.de, www.iwkoeln.de/21 Präsident: Arndt Günter Kirchhoff Direktor: Prof. Dr. Michael Hüther Geschäftsführer: Dr. Hans-Peter Fröhlich (stellv. Direktor), Dr. Hubertus Bardt, Dr. Hans-Peter Klös Gestaltung: Eva Sieben, IW Medien GmbH Produktion: IW Medien GmbH, Köln · Berlin

Fotos: Corbis, Fotolia, freepik, Getty Images, IW Medien, iStock, Shutterstock, Wild & Söhne Druck: tanmedia, Köln

Klimaneutral gedruckt auf Papier aus nachhaltiger Forstwirtschaft, mit mineralölfreien Farben basierend auf nachwachsenden Rohstoffen



Druck | ID 11537-1511-1002





**Prof. Dr. Michael Hüther**  
Direktor des Instituts der  
deutschen Wirtschaft Köln

## Liebe Leserinnen, liebe Leser,

die Terroranschläge von Paris sind in ihrem mörderischen Fanatismus nicht nur ein Akt barbarischer Gewalt gegen unschuldige Opfer. Sie sind zugleich ein gezielter Angriff auf unsere freiheitliche Gesellschaftsordnung.

Die Titelgeschichte dieser Ausgabe unseres Kundenmagazins – ab Seite 6 – hatten wir bereits vor den Anschlägen recherchiert und geschrieben. Im Zeichen des sprachlos machenden Terrors scheint uns die Botschaft des Texts allerdings unvermindert wichtig: Trotz aller Schreckensmeldungen geht es uns global betrachtet besser als je zuvor. Diese positive Entwicklung gilt es zu benennen – und zu verteidigen.

Auch bei der Diskussion über Flüchtlinge hilft es niemandem, nur die Gefahren zu sehen und Ängste zu befeuern. „Zuwanderer willkommen – Deutschland muss um ausländische Fachkräfte werben“ so lautete deshalb schon vor einem halben Jahr der Titel der 21.

Wir als Wirtschaftsforschungsinstitut sehen vor allem die Chancen der Zuwanderung. Doch wir wissen auch um die Herausforderungen, die Integration mit sich bringt. Deshalb setzen wir uns für kluge Regelungen in der Asyl- und Zuwanderungspolitik ein, die alles daran setzt, dass die teils gut qualifizierten Migranten schnell die deutsche Sprache erlernen und bestmöglich – auch auf dem Arbeitsmarkt – integriert werden.

Denn die Menschen, die beispielsweise aus Syrien zu uns kommen, tun das aus Angst um ihr Leben. Sie sind Opfer des Terrors, denen wir die Hand reichen müssen. Gerade jetzt.

Ihr

A handwritten signature in blue ink, which appears to read "Michael Hüther". The signature is fluid and cursive.

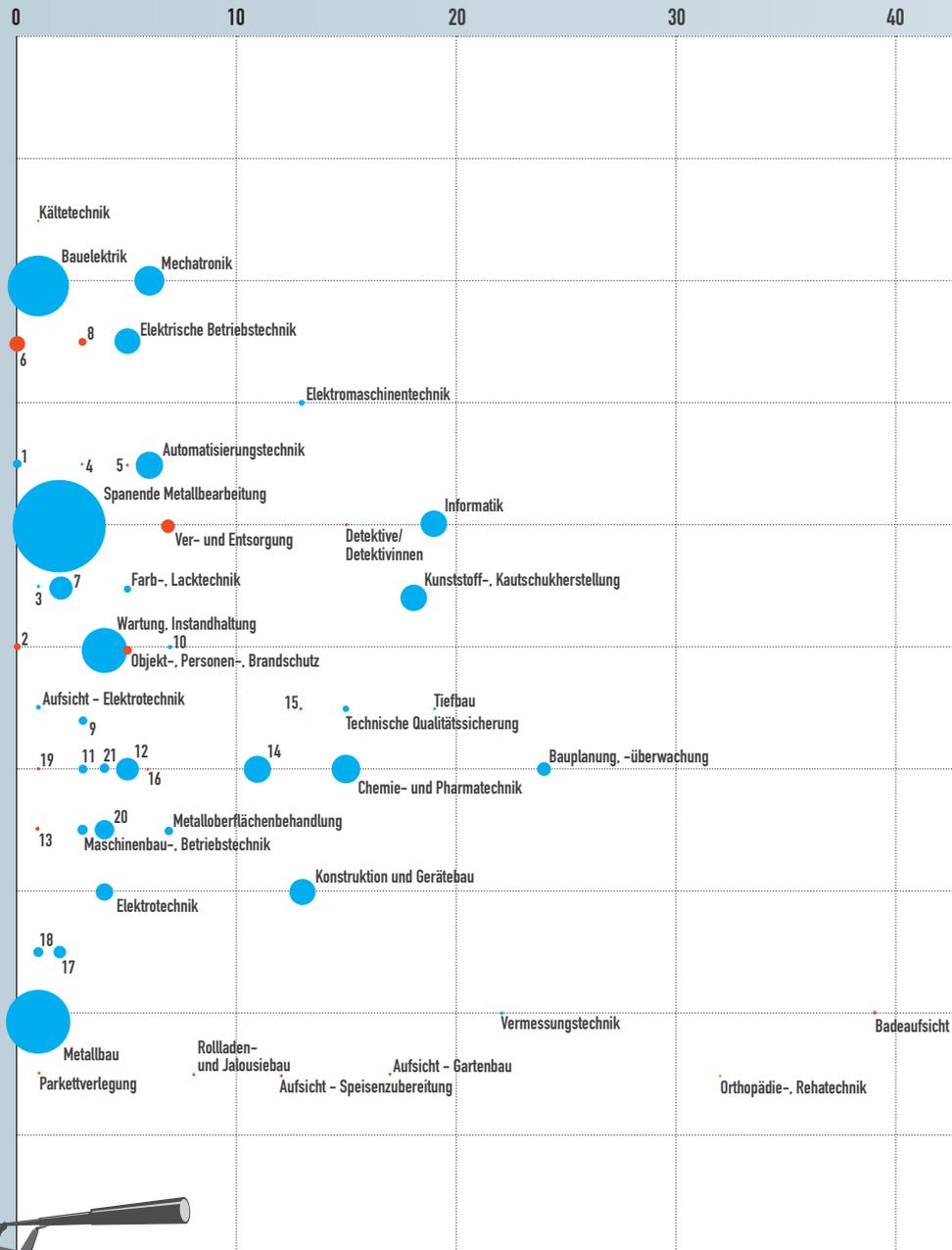
Michael Hüther

# Maschinenbauer sucht Frau

In Zeiten demografischer Veränderungen und voller Auftragsbücher ist die Personalsuche fast zwangsläufig schwierig – erst recht, wenn sich nur die eine Hälfte der Bevölkerung für einen Beruf interessiert: entweder Frauen oder Männer. Viele typische Männerberufe wie Elektrotechniker und Softwareentwickler haben deshalb mit Fachkräftengpässen zu kämpfen. In rund 60 solcher Berufe, überwiegend aus dem naturwissenschaftlich-technischen MINT-Bereich, fehlten in den vergangenen knapp vier Jahren dauerhaft Fachkräfte – die Zahl der passend qualifizierten Arbeitslosen reichte also nicht aus, um die offenen Stellen zu besetzen.

Den männertypischen Berufen stehen 17 Engpassberufe mit einem deutlichen Frauenüberschuss gegenüber. In vielen Gesundheitsberufen wie der Ergotherapie und der Altenpflege sind mehr als 70 Prozent der Beschäftigten weiblich. Viele der Mitarbeiterinnen arbeiten in Teilzeit, weil sie nur so Beruf und Familie miteinander vereinbaren können. „Wenn die Kinderbetreuungssituation besser wäre und nur ein Teil der Frauen die Arbeitszeit aufstocken könnte, würden sich die Engpässe deutlich reduzieren“, sagt IW-Berufsforscher Sebastian Bußmann. In Männerberufen steht eine Reserve dieser Art nicht zu Verfügung, denn Metallbauer, Mechatroniker und viele andere arbeiten bereits heute fast ausschließlich in Vollzeit. Ein ungenutztes Potenzial schlummert natürlich gleichermaßen in Männer- und Frauenberufen: die jeweils andere Hälfte der Bevölkerung. ■

FRAUENANTEIL IN PROZENT



- 1 = Land-, Baumaschinentechnik
- 2 = Rohrleitungsbau
- 3 = Reifen-, Vulkanisationstechnik
- 4 = Luftverkehrs-, Schiff-, Fahrzeugelektronik
- 5 = Wartung Eisenbahninfrastruktur
- 6 = Sanitär-, Heizung-, Klimatechnik
- 7 = Werkzeugtechnik

- 8 = Triebfahrzeugführung Eisenbahn
- 9 = Leitungsinstallation, -wartung
- 10 = Luft- und Raumfahrttechnik
- 11 = Industrielle Gießerei
- 12 = Schweiß-, Verbindungstechnik
- 13 = Klempnerei
- 14 = Softwareentwicklung

- 15 = Überwachung Eisenbahnverkehrsbetrieb
- 16 = Technischer Luftverkehrsbetrieb
- 17 = Anlagen-, Behälter-, Apparatebau
- 18 = Aufsicht - Fahrzeug-, Luft-, Raumfahrt-, Schiffbautechnik
- 19 = Aufsicht - Klempnerei, Sanitär-, Heizung-, Klimatechnik
- 20 = Kraftfahrzeugtechnik
- 21 = Technische Servicekraft Wartung, Instandhaltung

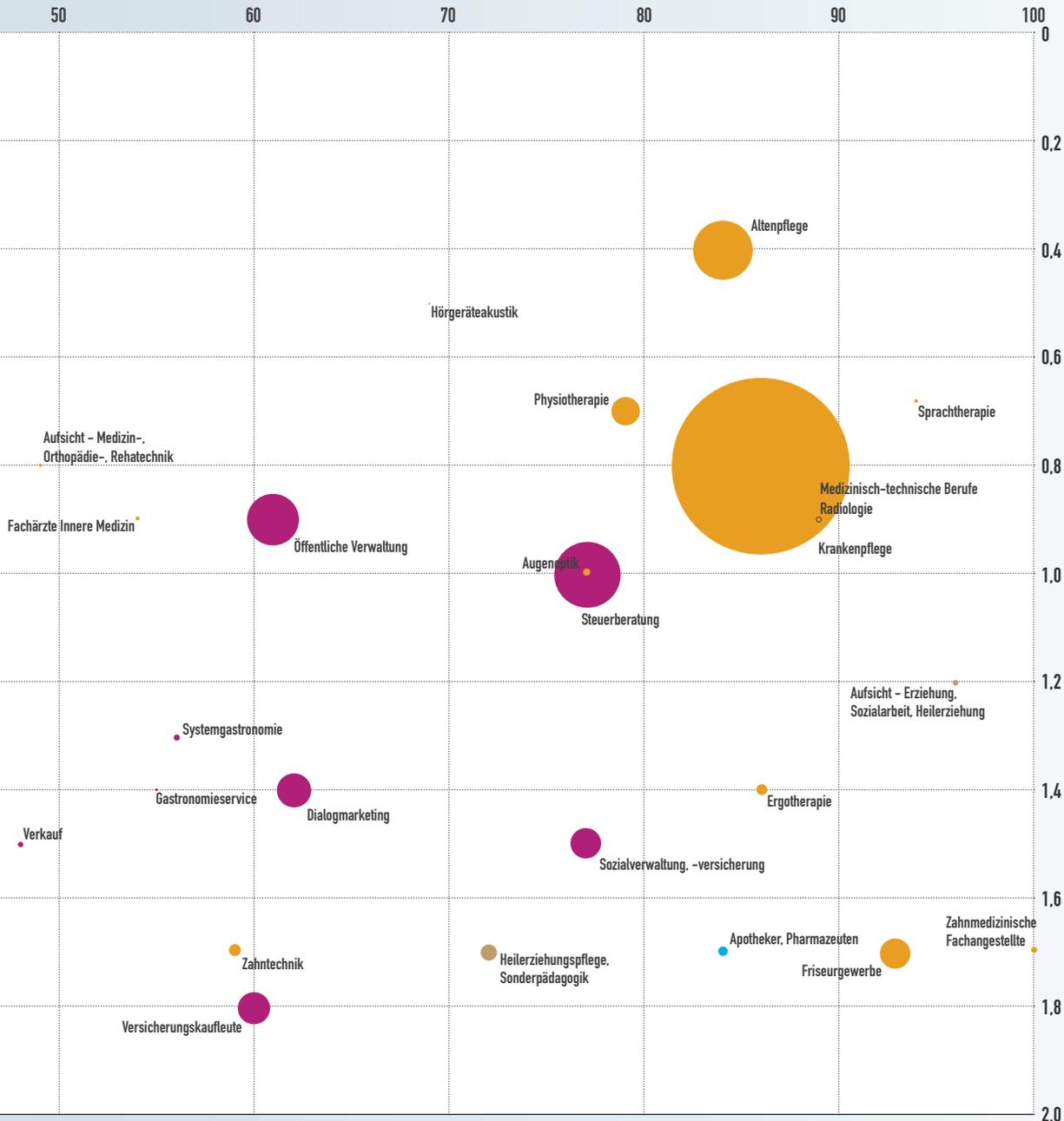
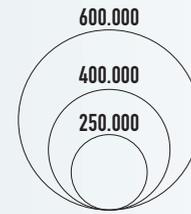


Studie

**Lesehilfe:**

Je weiter oben ein Beruf in der Grafik eingezeichnet ist, desto größer ist der Fachkräfteengpass; je weiter rechts, desto größer der Frauenanteil. Die Größe des Kreises zeigt, wie viele Beschäftigte in dem Beruf arbeiten.

- Gesundheit
- Erziehung
- MINT
- Wirtschaft und Recht
- Sonstiges



**ARBEITSLÖSE PRO GEMELDETER OFFENER STELLE**  
 (Da weniger als die Hälfte der offenen Stellen gemeldet wird, liegt ein Engpass vor, wenn weniger als zwei Arbeitslose auf eine gemeldete Stelle kommen.)

Wenn in mehreren Qualifikationsniveaus (Berufsausbildung, Fortbildung, Hochschule) eines Berufs Fachkräfte fehlen, sind die entsprechenden Gruppen zu einem Beruf zusammengefasst – ansonsten beziehen sich die Berufe jeweils nur auf ein Qualifikationsniveau.

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Institut der deutschen Wirtschaft Köln



# DIE VERKANNTEN ERFOLGSGESCHICHTE

In China und vielen anderen Ländern ist eine stabile Mittelklasse entstanden, die ihr Geld auf Märkten wie diesem ausgibt.

**Schlechte Nachrichten gibt es genug, und nach den Anschlägen in Paris haben es erfreuliche Neuigkeiten noch schwerer durchzudringen als zuvor. Gerade in diesen Tagen ist es aber wichtig, den Blick auch auf die vielen Veränderungen zum Besseren auf der Welt zu richten.**

**E**s gehört zum Allgemeinwissen: Die Zahl der Geburten reicht längst nicht aus, um die Sterbefälle auszugleichen. Gleichzeitig steigt die Lebenserwartung immer weiter an und die Wirtschaftsleistung pro Kopf wächst ebenfalls kontinuierlich. Die Beschreibung wirkt vertraut – überraschen dürfte aber der Ort des Geschehens. Denn so ist die Situation nicht nur in Deutschland, sondern auch in Uruguay, Vietnam und Mauritius.

Die drei Länder sind nur Beispiele für eine Entwicklung, die weite Teile der Welt erfasst und dennoch kaum ins Bewusstsein dringt: Die Familien werden kleiner und damit verlangsamt sich das Bevölkerungswachstum. Für Länder wie Deutschland ist ein Rückgang der Geburtenzahlen sicherlich ein Grund zur Sorge, weltweit gesehen gibt er jedoch Anlass zur Zuversicht. Zudem sind die Menschen wohlhabender und leben

deshalb gesünder und länger. Die gedankliche Zerteilung der Welt in reiche Industrieländer auf der einen und arme Entwicklungsländer auf der anderen Seite stimmt längst nicht mehr mit der Wirklichkeit überein. In Lateinamerika, Asien und in Teilen Afrikas hat sich vieles zum Besseren gewendet – die sogenannte Dritte Welt nähert sich der Ersten an.

Kaum etwas belegt diese These so gut wie die von den Vereinten Nationen im Jahr 2000 formulierten Millenniums-Entwicklungsziele. Das erste davon gab vor, die Armut bis 2015 gegenüber 1990 zu halbieren. Bereits im Jahr 2008 wurde die Vorgabe erfüllt – und seither sinkt die Armut weiter. Galten im Jahr 1990 noch

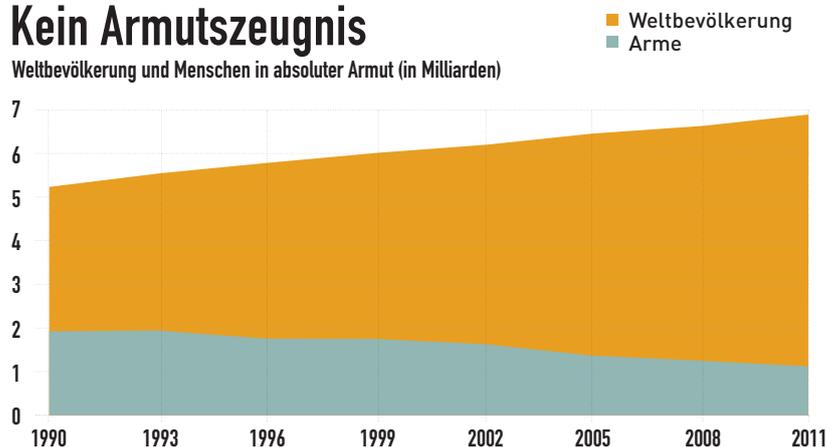
**„Die Globalisierung hat maßgeblich zum Fortschritt beigetragen.“**

Jürgen Matthes

36 Prozent der Weltbevölkerung als absolut arm, weil sie mit einer Kaufkraft von weniger als 1,25 US-Dollar am Tag auskommen mussten, so hat sich der Anteil mittlerweile auf weniger als 15 Prozent reduziert. Sicherlich müssen viele ehemals Arme weiterhin mit sehr bescheidenen Mitteln auskommen – zudem gelten, gemessen am Niveau der relativen Armut in den USA, selbst heute noch 84 Prozent

## Kein Armutszeugnis

Weltbevölkerung und Menschen in absoluter Armut (in Milliarden)



Absolute Armut: Kaufkraft pro Tag von weniger als 1,25 US-Dollar im Jahr 2005. Quelle: Weltbank



Der Anteil der Kinder, die eine Grundschule besuchen, stieg in Afrika südlich der Sahara seit 2000 von 60 auf 80 Prozent – und damit stärker als in allen anderen Regionen der Welt.

der Weltbevölkerung als arm. Dennoch stimmt die Richtung. In so unterschiedlichen Ländern wie China und Chile ist eine stabile Mittelklasse entstanden, die über eine Kaufkraft zwischen 10 und 20 Dollar pro Kopf und Tag verfügt.

Dank steigender Einkommen ließen sich auch andere tiefgreifende Probleme angehen: So hat sich zum Beispiel die Kindersterblichkeit in Afrika und weltweit seit Mitte der 1980er Jahre halbiert – vor allem, weil die häufigste Todesursache, Unterernährung, erfolgreich bekämpft werden konnte. Zudem besuchen immer mehr Kinder eine Grundschule, was folglich die Zahl derer erhöht, die lesen, schreiben und rechnen können. Der im Oktober 2015 mit dem Wirtschafts-nobelpreis ausgezeichnete Ökonom Angus Deaton analysiert diese Entwicklung in seinem Buch „The Great Escape“: Die Menschheit ist seit Aufklärung und Industrialisierung der materiellen Entbehrung und dem frühzeitigen Tod entkommen, und pessimistische Prognosen wie die, das Bevölkerungswachstum werde

die Armut vergrößern, haben sich nicht bewahrheitet. Die Vereinten Nationen sind also vielen ihrer Ziele nähergekommen, was allerdings weniger dem Wirken der UN oder der Entwicklungshilfe allgemein geschuldet ist als vielmehr den Anstrengungen der Länder selbst. Vor allem die Staaten Asiens verzeichnen seit Jahrzehnten ein rasantes Wirtschaftswachstum, das vor allem deshalb möglich war, weil sich die Länder gegenüber den Weltmärkten geöffnet haben. „Bei aller Kritik an der Globalisierung: Sie hat maßgeblich zum Aufstieg dieser Länder beigetragen“, sagt Jürgen Matthes, Ökonom für internationale Wirtschaftspolitik im Institut der deutschen Wirtschaft Köln.

Sicherlich wächst die Wirtschaft in vielen Teilen der Welt nicht nachhaltig, und der globale CO<sub>2</sub>-Ausstoß steigt, statt wie vereinbart zu sinken. Doch erfahrungsgemäß wird Umweltschutz erst dann ein Thema, wenn grundlegendere Bedürfnisse gestillt sind. In dieser Hinsicht haben sich die Voraussetzungen verbessert: Die Weltwirtschaftsleistung hat sich seit 1990

in etwa verdoppelt und verteilt sich heute zu gleichen Teilen auf die Industriestaaten auf der einen und die Entwicklungs- und Schwellenländer auf der anderen Seite. Die ehemals armen Länder erwirtschafteten also mittlerweile so viel wie die gesamte Welt vor 25 Jahren. Hätte man sich im Jahr 1990 darauf beschränkt, das vorhandene Welteinkommen gerechter zu verteilen, wären die aufholenden Länder heute deutlich schlechter dran.

Auch wenn die jüngste Krise in China das Tempo etwas drosseln sollte, wachsen viele Schwellenländer mit Raten, die Deutschland allenfalls zu Zeiten des Wirtschaftswunders vorweisen konnte. Dabei profitieren sie von den sogenannten Vorteilen der Rückständigkeit. Die aufstrebenden Staaten finden aufnahmebereite Absatzmärkte in den etablierten Volkswirtschaften vor und können bereits erprobte Technologien, Verfahren und Gesetze nachahmen. Einige Länder haben sogar die Staatsform übernommen – mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung lebt mittlerweile in einer Demokratie, darunter die größte muslimische Nation Indonesien.

Demokratisierung und Globalisierung tragen dazu bei, dass Konflikte zwischen den Staaten seltener eskalieren. Seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs haben die

---

**„Wir realisieren nicht, wie viele Kriege in Afrika zu Ende gegangen sind.“**

Steven Pinker

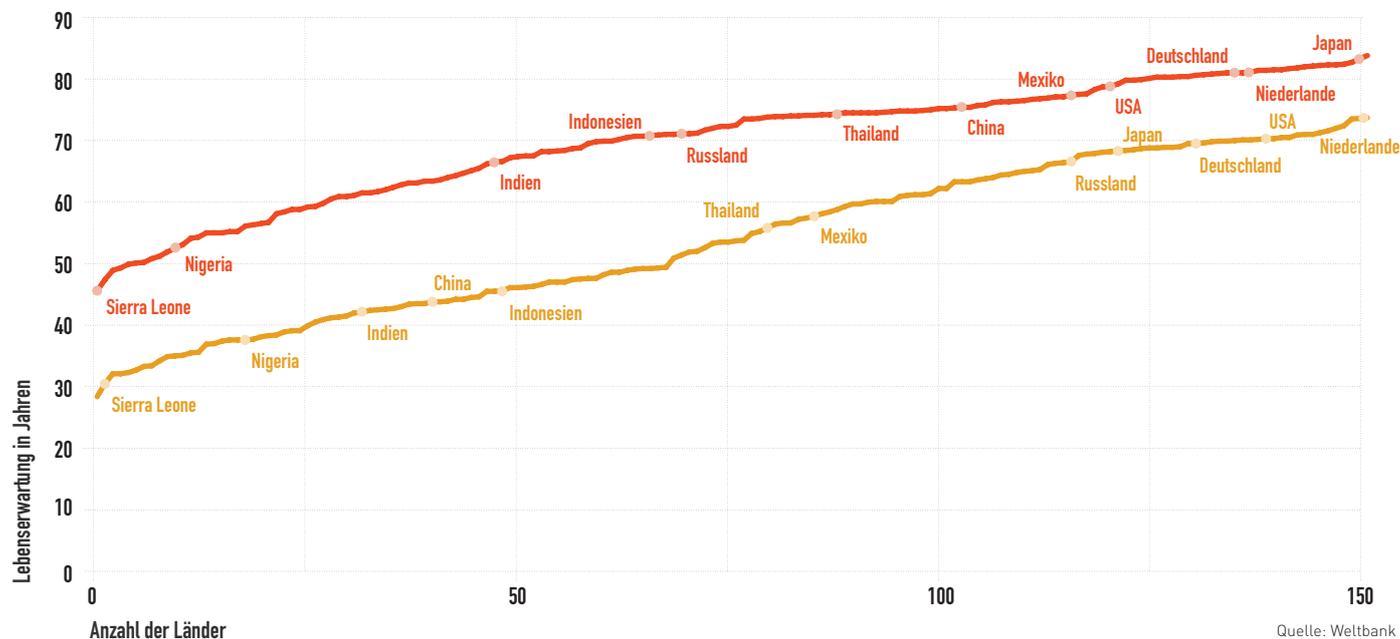
---

wohlhabenden Länder keinen Krieg mehr gegeneinander geführt – und auch im Rest der Welt gingen die Auseinandersetzungen zurück. Zu diesem Ergebnis kommt zumindest Steven Pinker. Der in Harvard lehrende Psychologe hat die Zahl der gewaltsamen Tode in der Menschheitsgeschichte akribisch ausgewertet und bezogen auf die Weltbevölkerung einen konstanten Rückgang der Kriegsoffer festgestellt. Sogar das 20. Jahrhundert mit

# Das Leben dauert immer länger

Entwicklung der Lebenserwartung

■ 2013  
■ 1961



den beiden Weltkriegen fügt sich in diesen Trend, eben weil die zweite Hälfte im Vergleich mit früheren Zeiten ausgesprochen friedlich verlief. Auch der Beginn des 21. Jahrhunderts bildet keine Ausnahme. Wer die Nachrichten verfolgt, tut sich vielleicht schwer, diese Zahlen mit seinen Eindrücken in Einklang zu bringen. Die Flüchtlinge des syrischen Bürgerkriegs, die Gräueltaten des Islamischen Staats und andere Gewaltausbrüche prägen die Berichterstattung. Doch die Medien vermitteln ein verzerrtes Bild. „Wir sehen im Fernsehen zwar immer afrikanische Teenager mit Kalaschnikows, aber wir realisieren nicht, wie viele Kriege in Afrika zu Ende gegangen sind“, sagte Pinker im Interview mit der Süddeutschen Zeitung. Spannungen entladen sich meist plötzlich und erregen Aufsehen, das Gute entwickelt sich dagegen in kleinen Schritten und entzieht sich deshalb der Aufmerksamkeit.

Zu den übersehenen Fortschritten gehört auch die weltweite Einkommensentwicklung. Denn der Wohlstand verteilt sich heute weitaus gleichmäßiger als noch

vor einigen Jahrzehnten. Wenn man sich die Erde als ein einziges Land vorstellt, nähern sich die Einkommensverhältnisse einander an und driften nicht – wie so oft behauptet – auseinander. Die Industrieländerorganisation OECD hat in einer Studie analysiert, wie die früh entwickelten Länder des Westens zwischen 1910 und 1970 zunächst einen großen Wohlstandsvorsprung erzielten. Der Rest der Welt bewegte sich dagegen mehrheitlich am unteren Ende der Einkommensskala – zur Mitte gehörten nur vergleichsweise wenige Menschen. Einen Wendepunkt verzeichnet die OECD um das Jahr 1980. Durch das Aufholen der Schwellenländer, allen voran Chinas, füllt sich das Tal zwischen den beiden Gipfeln der Wohlstandskurve seither kontinuierlich auf und ist mittlerweile zu einem großen Berg angewachsen.

Nichtsdestotrotz konstatiert etwa das britische Hilfswerk Oxfam eine „schockierende Zunahme sozialer Ungleichheit“ – und viele andere Nichtregierungsorganisationen pflichten dem bei. Öffentlichkeitsarbeit dieser Art zeigt durchaus

Wirkung, weshalb nicht etwa die Lücke zwischen Arm und Reich wächst, sondern vielmehr die Lücke zwischen Wahrnehmung und Realität. So hat IW-Ökonomin Judith Niehues herausgefunden, dass die Menschen in Europa die Ungleichheit in ihrer Gesellschaft systematisch überschätzen. Die Verteilungsforscherin hat die vermutete Schichtung der Gesellschaft mit der tatsächlichen Einkommensverteilung verglichen und herausgefunden, dass die Bürger aller europäischen Staaten zu viele ihrer Landsleute in den unteren Schichten verorten und die Größe der Mittelschicht deutlich unterschätzen. Der russische Ökonom Vladimir Gimpelson und der amerikanische Sozialwissenschaftler Daniel Treisman kommen in einer gemeinsamen Studie auch für andere Kontinente zu diesem Ergebnis. Sie fanden zudem heraus, dass der Wunsch nach Umverteilung eng mit der Wahrnehmung der Ungleichheit zusammenhängt – die tatsächliche Lage spielt dagegen kaum eine Rolle. In sozialen Fragen und auch sonst lohnt es sich also, von Zeit zu Zeit zu überprüfen, ob das Bild im Kopf noch zur Realität passt. ■

# 6 aus 207

Das deutsche Berufsbildungssystem dient weltweit als Vorbild. Dennoch bleiben immer mehr Ausbildungsplätze unbesetzt. Im IW-Verbund ist vom Azubi-Mangel allerdings nichts zu spüren: In diesem Jahr bewarben sich auf die 6 ausgeschriebenen Stellen 207 junge Menschen.



Unternehmen engagieren sich ungewöhnlich stark in der dualen Berufsausbildung, in vielen anderen Ländern mit eher schulischen Ausbildungssystemen ist das nicht so“, sagt Regina Flake, stellvertretende Projektleiterin des Kompetenzzentrums Fachkräftesicherung (KOFA) im IW Köln. Dennoch fällt es Firmen immer schwerer, genügend Azubis zu finden. Laut Berufsbildungsbericht der Bundesregierung blieben im Ausbildungsjahr 2014/2015 rund 41.000 Stellen unbesetzt.

Dafür gibt es eine ganze Reihe von Gründen: So fanden zwar 20.700 Bewerber trotz vieler freier Stellen keinen Ausbildungsplatz – doch die jungen Menschen interessierten sich nicht für die verfügbaren Ausbildungsberufe, ihnen fehlte die nötige Qualifikation oder die Stellen waren räumlich weit entfernt.

Die demografische Entwicklung sorgt ebenfalls dafür, dass viele Firmen Nachwuchssorgen haben. Zudem zieht es immer mehr Jugendliche an Unis und Fachhochschulen: Im Wintersemester 2014/15 begannen in Deutschland mehr als 430.000 junge Menschen ein Studium, vor 15 Jahren waren es nur knapp 250.000. Mancher Azubi findet allerdings erst über ein Studium in die Ausbildung. Aktuell brechen gut 30 Prozent der Bachelor-Studenten ihr Studium ab, etwa ein Fünftel entscheidet sich dann für eine Ausbildung.

Im Jahr 2014 hatten rund 30 Prozent der Azubis die Hochschulreife, 2009 waren es nur 20 Prozent gewesen. Auch deshalb hat sich das Durchschnittsalter der Azubis von 18,5 Jahren im Jahr 1993 auf 20 Jahre im Jahr 2011 erhöht.

Für die Ausbildungsplätze zum Medienkaufmann für Digital und Print sowie zum Kaufmann für Büromanagement im IW-Verbund ist zumindest die Fachhochschulreife nötig. „Wir bieten die auf zwei Jahre verkürzte Ausbildung an. Das

ist nur mit entsprechend qualifizierten Azubis möglich“, erklärt die stellvertretende Ausbildungsleiterin Gabi Dahm.

In den vergangenen Jahren gelang es dem IW-Verbund immer wieder, besonders gute Bewerber für sich zu gewinnen und auszubilden: Seit 2009 wurden sechs IW-Azubis von der Industrie- und Handelskammer für herausragende Leistungen ausgezeichnet.

Der IW-Verbund bietet den Auszubildenden einige Annehmlichkeiten neben dem Gehalt: Die zwölf Azubis – sechs pro Jahrgang – haben einen eigenen Ausbildungsraum; Veranstaltungen beispielsweise während der Gesund-

**„Gerade kleinere Unternehmen müssen alles daran setzen, Azubis für sich zu gewinnen.“**

Regina Flake

heitswoche sind auf sie zugeschnitten und ihr Arbeitgeber zahlt den angehenden Medienkaufleuten einen einwöchigen Vorbereitungskurs vor der Abschlussprüfung. Die Kosten für die Lehrmaterialien übernimmt das IW sowieso.

„Das Image des Hauses ist sehr gut und während der Ausbildung habe ich im IW-Verbund die Chance, Einblicke in ganz unterschiedliche Bereiche zu erhalten“, sagt Simon Barth, 20, die

Entscheidung für seinen Ausbildungsbetrieb.

Viele Auszubildende bleiben nach ihrem Abschluss übrigens im Haus. Entweder, weil sie eine Festanstellung erhalten oder weil sie als studentische Hilfskraft weitermachen, wenn sie nach der Ausbildung studieren.

Wie das IW Köln tun auch viele andere Unternehmen immer mehr, um sich einerseits für gute Schulabgänger interessant zu machen und sich andererseits für leistungsschwächere Bewerber zu öffnen: Laut Ausbildungsumfrage des Deutschen Industrie- und Handelskammertags (DIHK) bietet jeder 5. Betrieb mittlerweile ein duales Studium an. Manche ermöglichen ihren Azubis sogar Auslandsaufenthalte. Rund 75 Prozent der Firmen haben sich zudem auf leistungsschwächere Schulabgänger eingestellt. Dies soll durch den Ausbau der sogenannten assistierten Ausbildung zukünftig weiter gestärkt werden, bei der sowohl schwächere Azubis als auch Unternehmen während der Ausbildung individuell unterstützt werden.

„Das duale System ist noch immer erfolgreich“, hält Bildungsökonomin Flake fest. „Aber die Firmen stehen mehr denn je in direkter Konkurrenz zu den Hochschulen. Gerade kleinere Unternehmen müssen alles daran setzen, Azubis für sich zu gewinnen.“ ■



10 aus 12: Pro Jahrgang bildet der IW-Verbund sechs junge Menschen aus. Viele Azubis bleiben nach ihrem Abschluss im Haus – als Mitarbeiter oder studentische Hilfskräfte.



# Frischer Nordwind im Netz



Nordbord  
Website

**Wer ein Praktikum oder eine Ausbildung in der Metall- und Elektro-Industrie machen will, muss sich nicht nur mit der Materie auseinandersetzen, sondern auch das passende Unternehmen finden. Für Jugendliche in Norddeutschland ist das jetzt leichter.**

**E**ine Brücke ohne Nägel bauen oder Flüssigkeiten stapeln? Auf nordbord.de werden junge Menschen fündig, die sich für MINT interessieren, also für Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik. Dort können sie tüfteln und experimentieren, Nachrichten lesen, Videos anschauen, sich mit Gleichgesinnten austauschen – und sich für Veranstaltungen der Metall- und Elektro-Industrie in Norddeutschland anmelden.

„nordbord ist ein Mitmachportal, das weit über eine klassische Website hinausgeht“, erklärt Daniel Hansmann, der das Projekt in der IW Medien für die Arbeitgeberverbände Nordmetall und den Arbeitgeberverband (AGV) Nord entwickelt hat. „Jeder, der sich anmeldet, kann die Seite selbst gestalten.“

Das Engagement wird belohnt: Wenn Jugendliche eigene Videos oder Fotos hochladen, Experimente ausprobieren oder

**„nordbord ist ein Mitmachportal, das weit über eine klassische Website hinausgeht.“**

**Daniel Hansmann**

Veranstaltungen besuchen, bekommen sie Punkte. Diese können sie dann eintauschen gegen Prämien wie In-Ear-Kopfhörer, mobile Akkus oder Eintrittsgutscheine für naturwissenschaftlich-technische Museen.

Der komplexe Aufbau von nordbord war für Hansmann und sein Team eine große Herausforderung. Von Januar bis August arbeiteten Designer, Programmierer und Projektmanager an dem Portal, denn es

galt viele Wünsche zu erfüllen: Das Portal sollte nicht nur die Jugendlichen ansprechen, sondern auch für die Verantwortlichen bei Nordmetall und AGV Nord leicht zu handhaben sein. Diese füllen das Portal regelmäßig mit redaktionellen Inhalten. Die Arbeit hat sich gelohnt: „Durch nordbord können wir einen dauerhaften Kontakt zwischen Jugendlichen und Mitarbeitern aus Unternehmen und Wissenschaftlern herstellen“, erklärt Melanie Kerker, Bildungsreferentin bei Nordmetall und AGV Nord.

Seit Anfang September ist das Portal online, inzwischen tauschen sich mehr als 120 Jugendliche, Mentoren und Experten aus Wissenschaft und Wirtschaft aus – zum Beispiel darüber, wie sie denn nun hält, die Brücke ohne Nägel. Wer selbst wissen will, wie das funktioniert, schaut einfach auf nordbord.de nach. ■



## Vom Kinderwagen bis zum Wörterbuch

Rund 130 Umzugskartons voller Kleidung, Spielzeug und Kuschtieren, aber auch Handys, Fahrräder und Drogeriegutscheine – all das stapelte sich im Oktober im Keller des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln am Konrad-Adenauer-Ufer 21. Denn die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hatten eine Menge mitgebracht, um Flüchtlinge zu unterstützen.

Die Sachspenden gingen an die Initiative „You are welcome here“ sowie an die Fahrradwerkstatt der Willkommensinitiative Köln-Nippes, bei denen sich zwei IW-Mitarbeiter bürgerschaftlich engagieren. Zudem kamen insgesamt 3.500 Euro zusammen, mit denen Ausflüge für Flüchtlinge finanziert, Ersatzteile für Fahrräder

angeschafft und Unterwäsche gekauft werden sollen – denn die wird dringend benötigt, wird aber aus leicht nachvollziehbaren Gründen kaum gespendet.

Schon seit mehreren Jahren existiert die Initiative „IW engagiert“, bei der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des IW Köln etwas für das Gemeinwohl tun. 2015 stand außer Frage, wofür sich das IW Köln engagieren sollte. Direktor Michael Hüther: „Als Forschungsinstitut beschäftigt uns die Flüchtlingskrise eher theoretisch. Doch natürlich sehen wir auch die bewegenden Einzelschicksale und Herausforderungen. Auf dieser menschlichen Ebene ist es uns ein Anliegen, zu helfen.“ ■



## Gut fürs Klima

Ob IW-Analyse oder Einladungskarte: Alle Publikationen des IW Köln werden künftig klimaneutral gedruckt, so auch dieses Magazin. Konkret bedeutet das: Die beim Druck eines Printproduktes unweigerlich anfallenden CO<sub>2</sub>-Emissionen, kompensiert das IW durch Ausgleichszahlungen an zertifizierte Klimaschutzprojekte – in Deutschland oder anderswo. Das hilft den Kohlendioxidausstoß zu reduzieren, beispielsweise, weil bessere Filteranlagen genutzt oder Öfen erneuert werden.

Die IW Medien GmbH bietet selbstverständlich auch ihren Kunden die Möglichkeit, klimaneutral drucken zu lassen

– und kann sie bei Bedarf beraten. Denn seit April 2015 unterstützt Produzent Dirk Deininger den Bereich Media Production der IW Medien. Deininger war zuvor Umweltbeauftragter eines Verlags und weiß, welche Anbieter und Zertifikate beim klimaneutralen Druck besonders vertrauenswürdig sind. „Es gibt noch weitere Möglichkeiten, Printprodukte möglichst umweltverträglich herzustellen“, erklärt er. So können sich Kunden beispielsweise für Papier aus nachhaltiger Forstwirtschaft entscheiden und dafür, mit Druckfarben basierend auf nachwachsenden Rohstoffen zu drucken. ■



## California here he comes

Mehr als 9.000 Kilometer trennen das kalifornische Stanford von Köln. Schon seit einiger Zeit ist der Name Stanford allerdings eng mit dem IW verknüpft: Der neue Kreativraum im Erdgeschoss des IW-Hauptsitzes am Konrad-Adenauer-Ufer heißt wie die Elite-Universität. Er wird vor allem für das in Stanford erfundene Design-Thinking genutzt – eine Technik, die die kreative Zusammenarbeit von Mitarbeitern aus verschiedenen Abteilungen fördert. Im Herbst 2016 werden das IW Köln und die kalifornische Universität noch auf andere Art zusammenrücken:

IW-Direktor Michael Hüther wird dann für drei Monate am „Department of German Studies“ als „Gerda Henkel Visiting Professor“ forschen und lehren.

Die Düsseldorfer Gerda Henkel Stiftung fördert die Gastprofessur finanziell, auf ihrer Website heißt es dazu: „Ziel ist es, einerseits in Stanford Forschungsaktivitäten mit Deutschlandbezug auszubauen, andererseits die traditionell guten wissenschaftlichen Beziehungen zwischen der Universität und deutschen Forschungseinrichtungen zu vertiefen.“ ■

# Pflegefall Deutschland



**Die deutsche Gesellschaft altert, damit steigt auch die Zahl der Pflegebedürftigen. Ein Engpass droht deshalb aber nicht nur bei den Pflegekräften. Auch die notwendige Pflegeinfrastruktur fehlt.**

**E**in weiteres Pflegeheim eröffnen? Das sei momentan unmöglich, erklärt Ricarda Hasch, obwohl sie durchaus darüber nachgedacht habe. „Ich wüsste gar nicht, wo ich das Personal hernehmen sollte.“ Auch die Auflagen, die sie erfüllen muss, stehen dem Ausbau im Weg. Die 36-Jährige leitet in Bremen ein Seniorenheim, in dem fast 80 Bewohner von 45 Pflegern betreut werden.

Viel Zeit haben sie dafür nicht: Das auf Demenzkranke ausgerichtete Pflegeheim ist voll ausgelastet – und wird es voraussichtlich bleiben. Denn mindestens 1.000 zusätzliche Heimplätze muss Bremen in den kommenden fünf Jahren schaffen, um den Bedarf zu decken – ein Plus von 14 Prozent. Die Zahl ist sogar optimistisch geschätzt: Denn seit Einführung der Pflegestufe „Null“ im Jahr 2013 haben auch

demente und psychisch kranke Menschen einen Anspruch auf die Leistungen der Pflegeversicherung. Ihre Ansprüche hat die jüngste Pflegereform von Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe noch einmal gestärkt.

Die Situation in fast allen Bundesländern ähnelt der in Bremen. Einer Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft

**„Die Politik verlässt sich derzeit zu sehr auf die ambulante Pflege, insbesondere durch Familienangehörige.“**

Jochen Pimpertz

Köln (IW) zufolge werden 2030 mehr als 3,6 Millionen Pflegebedürftige in Deutschland leben, fast eine Million mehr als derzeit. Bis zu 220.000 zusätz-

liche Pflegeheimplätze werden benötigt – die Länder, die für eine ausreichende Versorgungsstruktur verantwortlich sind, hinken jedoch beim Ausbau der Infrastruktur hinterher. So steht beispielsweise Sachsen-Anhalt vor besonders großen Herausforderungen, dem wachsenden Bedarf nachzukommen. In den kommenden fünf Jahren müsste das Bundesland etwa 11.000 zusätzliche Heimplätze schaffen – doch ein solches Plus von 38 Prozent ist in so kurzer Zeit kaum zu realisieren.

„Die Politik verlässt sich derzeit zu sehr auf die ambulante Pflege, insbesondere durch Familienangehörige und Ehrenamtliche“, bemängelt IW-Ökonom Jochen Pimpertz. Die Pflegegesetze der vergangenen Jahre haben vor allem die häusliche Pflege gestärkt, indem sie zusätzliche Mittel für die Betreuung

oder den altersgerechten Umbau der Wohnung bereitgestellt haben. Erklärtes Ziel: Menschen möglichst lange in einem vertrauten Umfeld zu pflegen.

Die Politik dürfe sich jedoch nicht in dem Glauben wiegen, so dem Pflege-notstand beizukommen, warnt der Wissenschaftler: „Bislang fehlen eindeutige empirische Beweise dafür, dass sich

### „Mitunter komme ich mir vor wie eine reine Budgetverwalterin.“

Ricarda Hasch

Menschen im Alter häufiger als früher von Angehörigen pflegen lassen.“ Zwar werde die informelle Pflege wichtig bleiben, bundesweit gebe es aber eher einen Trend hin zu mehr professioneller Betreuung. Ein Grund dafür ist, dass die Zahl der Kinderlosen ebenso steigt wie die Zahl der Single-Haushalte. Partner und Kinder fallen also immer häufiger als Pfleger weg. Die höhere Nachfrage muss deshalb vor allem im stationären Bereich aufgefangen werden – auch von privaten Anbietern.

Die Regulierungsfreude der Bundesländer behindert jedoch dringend benötigtes unternehmerisches Engagement. Auflagen über die Größe der Zimmer und der Gemeinschaftsräume bis hin zur Ausgestaltung der Beleuchtung sowie strikte Personalschlüssel und Fachkräftequoten erschweren es, neue Pflegeplätze zu schaffen. Vor allem kleine und mittlere Unternehmen sind mit dem Verwaltungsaufwand oft überfordert. „Mitunter komme ich mir vor wie eine reine Budgetverwalterin“, sagt Seniorenheim-Leiterin Hasch.

Mindestens die Hälfte der Pfleger müssen ausgebildete Fachkräfte sein. Im Durchschnitt kommen auf 100 freie Stellen aber nur 35 Pfleger auf Jobsuche. Die Auflagen und Personalschlüssel gelten nicht nur für private Pflegeheimbetreiber: Genauso stehen karitative und kommunale Pflegean-

bieter vor der Herausforderung, wie sie angesichts der dichten Regulierung neue ausgebildete Pfleger einstellen und neue Plätze schaffen können. Ricarda Hasch hat beobachtet, dass sich viele ihrer Kollegen dafür entscheiden, vermehrt ambulante Angebote zu schaffen und stationäre Plätze in altersgerechte Wohngemeinschaften umzuwandeln – die gesetzlichen Vorgaben zum Beispiel zu den Fachkräftequoten sind in der ambulanten Versorgung lockerer als in der stationären Versorgung.

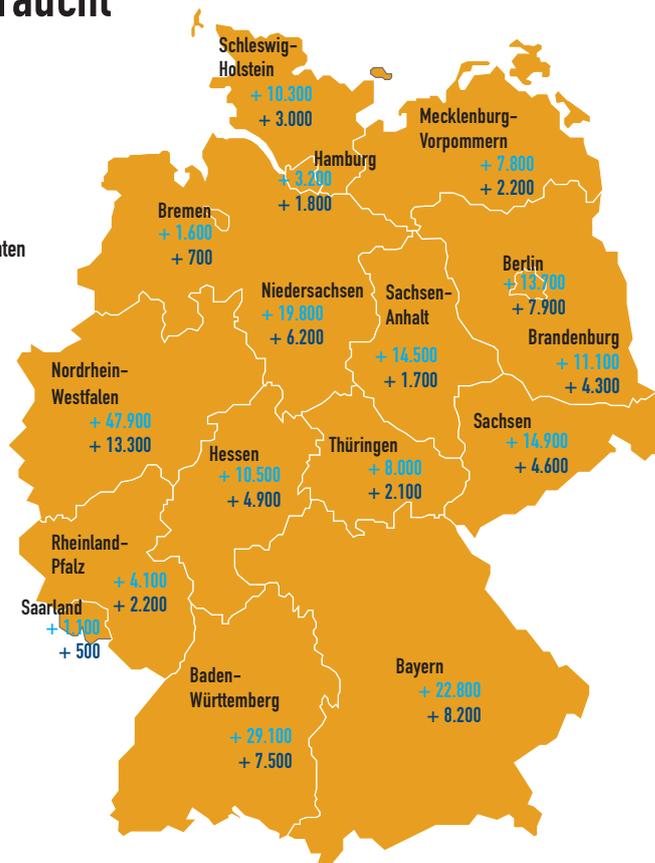
Obwohl die Pflegewirtin die Freiheit schätzt, die solch flexible Betreuungsformen den Bewohnern lassen, warnt sie davor, nur bestimmte Formen der Al-

tenpflege zu fördern. „Gerade demente Patienten können oft kein rein selbstbestimmtes Leben mehr führen. Sie brauchen Regeln, auf die sie sich verlassen können, eine Schutzglocke. Die kann ihnen eine Wohngemeinschaft, die oft ohne professionelle Fachkräfte auskommen muss, nicht immer bieten.“

Auch IW-Ökonom Pimpertz schlägt vor: Die Bundesländer sollten keine Versorgungsart bevorzugen, sondern gleiche Rahmenbedingungen für alle schaffen. Nur so sei gewährleistet, dass vor Ort in genau die Pflegestrukturen investiert werde, die den Bedürfnissen der Betroffenen und ihrer Angehörigen gerecht werden. ■

## Wer wie viel braucht

- Voraussichtlicher zusätzlicher Bedarf an Pflegeplätzen in der vollstationären Dauerpflege 2030 gegenüber 2013
- Voraussichtlicher zusätzlicher Personalbedarf in der ambulanten Pflege 2030 gegenüber 2013



Berechnung der zusätzlich benötigten Pflegeheimplätze in der vollstationären Dauerpflege und des Personals in der ambulanten Pflege auf Basis der 13. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung; Pflegepersonal umgerechnet in Vollzeitäquivalente; Annahmen: unveränderte altersspezifische Pflegefallwahrscheinlichkeiten, kein Produktivitätsfortschritt. Quellen: Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft Köln

# ... die Grundsteuer?



Studie

Die Besitzer von Grundstücken und Gebäuden zahlen jährlich Grundsteuer an ihre Kommune. Die Berechnung der Abgabe ist kompliziert und im Ergebnis ungerecht. Der Bundesfinanzhof mahnt deshalb eine Reform an.

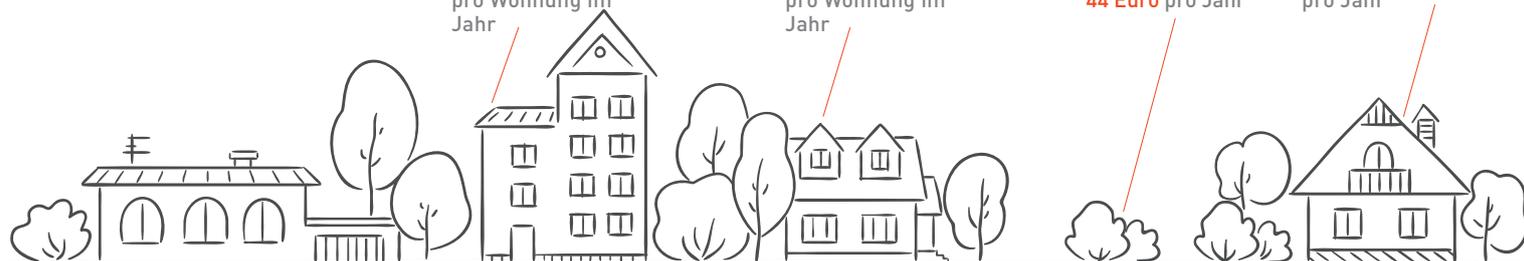
Im Durchschnitt zahlen die Eigentümer von ...

... Mehrfamilienhäusern **129 Euro** pro Wohnung im Jahr

... Zweifamilienhäusern **168 Euro** pro Wohnung im Jahr

... unbebauten Grundstücken **44 Euro** pro Jahr

... Einfamilienhäusern **236 Euro** pro Jahr



In den vergangenen 50 Jahren sind vielerorts Stadtteile zu Szenevierteln aufgestiegen, während manche Dörfer einen Großteil ihrer Einwohner verloren haben. In dem einen Fall gewinnen die Immobilien an Wert, im anderen verlieren sie. Die zu zahlenden Steuern bleiben aber weitgehend gleich, denn für die Berechnung der Grundsteuer spielen die Entwicklungen seit 1964 keine Rolle – in Ostdeutschland sogar seit 1935. Um die dadurch entstandenen Ungerechtigkeiten abzubauen, dringt der Bundesfinanzhof, das oberste Steuergericht, auf eine Reform.

Nach derzeitiger Rechtslage ermittelt das Finanzamt zunächst aufgrund von Lage, Nutzung und Bebauung den sogenannten Einheitswert der Grundstücke und Gebäude. Wegen der veralteten Datengrundlage entspricht dieser in der Regel nur einem Bruchteil des aktuellen Marktwerts. Im nächsten Schritt multiplizieren die Beamten den Einheitswert mit der sogenannten Steuermesszahl. Für Westdeutschland beträgt sie zwischen 2,6 und 3,5 Promille, je nachdem ob der entsprechende Boden unbebaut ist, eine Gewerbeimmobilie darauf steht oder ein Ein-, Zwei- oder Mehrfamilien-

haus. In Ostdeutschland liegen die Werte etwas höher, um den niedrigeren Einheitswert auszugleichen. Das Ergebnis dieser Rechnung wiederum wird dann mit dem Hebesatz von durchschnittlich etwa 400 Prozent multipliziert, den die Städte und Gemeinden selbst festlegen. Im Durchschnitt zahlen die Besitzer eines unbebauten Grundstücks dafür 44 Euro pro Jahr, die Eigentümer von Einfamilienhäusern 236 Euro. Wird die

**Pro Jahr kommen so für die öffentliche Hand knapp 13 Milliarden Euro zusammen.**

Immobilie nicht selbst genutzt, sondern vermietet, können die Eigentümer die Kosten an die Mieter weitergeben. Pro Jahr kommen so für die öffentliche Hand rund 13 Milliarden Euro zusammen.

Die Finanzminister der Länder wollen nun der Forderung des Bundesfinanzhofs nachkommen und das System modernisieren. Ihr Vorschlag sieht vor, die Immobilien entsprechend ihres aktuellen Marktwerts zu besteuern und diesen nach bestimmten Kriterien grob zu ermitteln. Allerdings widersetzt sich Bayern als einziges Land, weil der Frei-

staat unter anderem wegen der dort besonders stark gestiegenen Immobilienpreise höhere Steuern für seine Bürger befürchtet.

Tatsächlich gäbe es noch eine bessere Option, sagen Ökonomen des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln. Zusammen mit dem Naturschutzbund Deutschland und einigen Bürgermeistern setzen sie sich für das sogenannte Bodensteuermodell ein. Dabei wird lediglich das Grundstück besteuert – unabhängig von der Bebauung. Damit am Ende eine ähnliche Summe für den Fiskus herauskommt, steigen die Abgaben auf brachliegenden Boden deutlich an. Dagegen können Wohnungseigentümer mit einer spürbaren Entlastung rechnen – die Besitzer von Mehrfamilienhäusern profitieren am meisten. In Städten mit angespannten Mietmärkten gäbe es deshalb mehr Anreize, Wohnraum zu schaffen. Gegenüber dem Modell der Finanzminister würden zudem wertsteigernde Investitionen – beispielsweise in altersgerechte Wohnungen – nicht mit höheren Steuern bestraft. Nicht zuletzt könnten sich Tausende Finanzbeamte wichtigeren Aufgaben widmen, als Immobilien zu bewerten. ■

# Kostet die Digitalisierung Jobs?

**Künstliche Intelligenz und Roboter bedrohen angeblich jeden zweiten Arbeitsplatz. Reine Panikmache oder berechtigte Furcht vor der digitalen Arbeitswelt?**

**M**it der App Instagram haben bislang 300 Millionen Nutzer mehr als 20 Milliarden Bilder ausgetauscht. Ein Team von nur 15 Mitarbeitern hat die Anwendung einst entwickelt – etwa zur selben Zeit, als sich der Kodak-Konzern aus dem Geschäft mit der Fotografie zurückzog. Zu analogen Zeiten beschäftigte Kodak fast 150.000 Menschen.

Ähnliche Geschichten lassen sich aus der Musikbranche erzählen, aus dem Finanzwesen und der Verlagsindustrie. Viele Menschen sorgen sich deshalb um ihre Arbeitsplätze. Eine Studie der Ökonomen Carl Benedikt Frey und Michael Osborne bestätigt sie darin. Die Oxford-Wissenschaftler haben Robotik-Experten einschätzen lassen, welche Berufe von Automatisierung bedroht sind. Demnach kann etwa die Hälfte der Jobs in den USA mit

hoher Wahrscheinlichkeit in den kommenden 10 bis 20 Jahren von Computern und Robotern erledigt werden. Holger Bonin vom Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung hat die Ergebnisse auf Deutschland übertragen und immerhin einen Anteil von 42 Prozent errechnet.

Vor allem Routinejobs wie die des Lagerarbeiters und Kassierers sind betroffen. Stück für Stück erreicht die Digitalisierung auch anspruchsvollere Tätigkeiten: Das Diagnostizieren von Krankheiten und die Prüfung der Buchführung von Unternehmen könnten in absehbarer Zeit von der Technik übernommen werden. Vorausgesetzt

in dem betreffenden Bereich sind große Datenmengen verfügbar.

Wenig Sorgen brauchen sich dagegen kreative und sozial intelligente Menschen zu machen: Das Komponieren von Musik und das Verhandeln von Verträgen verorten die Oxford-Ökonomen auch künftig im Zuständigkeitsbereich des Menschen.

Doch die als bedroht eingestuft Berufe könnten resistenter sein als die Autoren vermuten. Abgesehen davon, dass Robotik-Experten dazu neigen dürften, die Potenziale ihrer Disziplin zu überschätzen, wird nicht alles technisch Machbare auch tatsächlich umgesetzt. Gegen selbstfahrende Autos und Pflegeroboter in Altenheimen regt sich aus ethischen Gründen Widerstand, und Restaurantbesucher dürften auch

künftig eine persönliche Bedienung bevorzugen.

Nicht zuletzt birgt die Digitalisierung auch schöpferisches Potenzial. Das gilt für das Silicon Valley mit Internetkonzernen wie Facebook und Google, aber auch für Deutschland. Die IW-Ökonomen Andrea Hammermann und Oliver Stettes haben 1.400 Personalverantwortliche gefragt, wie sich die Zahl der Arbeitsplätze in ihrem Unternehmen angesichts der Digitalisierung entwickeln wird. Demnach ist in den kommenden fünf Jahren insgesamt mit einer steigenden Beschäftigung zu rechnen, insbesondere die digitalen Vorreiterfirmen planen neue Stellen. Auf dem Prüfstand stehen dagegen einfache Tätigkeiten in wenig digitalisierten Unternehmen.

Dass diese Arbeitsplätze verschwinden, ist damit jedoch nicht gesagt, denn nicht nur die Technik entwickelt sich weiter, sondern auch der Mensch. Künftig bekommt die berufliche Bildung eine noch größere Bedeutung, denn die Aufgaben werden komplexer. Die neuen Technologien sind dann weniger Konkurrenten um den Job, sondern vielmehr Arbeitsmittel. ■

**Nicht nur die Technik entwickelt sich weiter, sondern auch der Mensch.**



Video



# Mal ehrlich, George Soros

„Meine größte Sorge ist, dass die Geldpolitik der EZB die Unterschiede zwischen Arm und Reich weiter vergrößert.“



Studie

Spekulant George Soros lässt eine wesentliche Wirkung der Geldpolitik außer Acht.

Folgt man der Argumentation von George Soros, dann gehört der amerikanische Multimilliardär selbst zu den großen Gewinnern der derzeitigen Geldpolitik. Seiner Logik zufolge vergrößern nämlich die niedrigen Zinsen und das Kaufprogramm der Europäischen Zentralbank die Kluft zwischen Vermögenden und Mittellosen. Dahinter steht die Annahme, dass das billige Geld der Zentralbank in die Finanzmärkte fließt und die Preise von Aktien und anderen Wertpapieren in die Höhe treibt. Am Ende wären deren Besitzer noch reicher als zuvor.

Tatsächlich ist die Geldpolitik für die Reichen gar nicht so vorteilhaft, wie Soros behauptet. Im Gegenteil: Es sind die Ärmsten, die am meisten profitieren. Das Institut der deutschen Wirtschaft Köln hat die Wirkungen der Geldpolitik für Deutschland untersucht und heraus-

gefunden, dass das vermögensärmste Zehntel der Bevölkerung als einziges einen Gewinn erzielt. Zu dieser Gruppe

**Tatsächlich ist die Geldpolitik für die Reichen gar nicht so vorteilhaft.**

gehören viele junge Familien, die einen Immobilienkredit aufgenommen haben. Sie müssen wegen der niedrigen Zinsen weniger an ihre Bank zahlen. Wer schuldenfrei ist und zumindest ein wenig auf der hohen Kante hat, muss bereits wegen der entgangenen Zinsen einen Nachteil in Kauf nehmen. Weil der Anteil des Aktienbesitzes in allen Bevölkerungsgruppen in etwa gleich groß ist, gilt unter dem Strich: Je wohlhabender ein Haushalt, desto größer der Verlust durch die Geldpolitik – kaum verwunderlich also, dass Soros der lockeren Geldpolitik wenig abgewinnen kann. ■

## Wege zum Wachstum

Die deutsche Wirtschaft steht im internationalen Vergleich gut da, darf sich aber auf ihren Erfolgen nicht ausruhen.

In seinem ersten Strukturbericht untersucht das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) wie der Strukturwandel und das Wachstum in fortgeschrittenen Volkswirtschaften zusammenhängen. Das Ergebnis: Länder, die Handelsbarrieren abbauen, Bildung und Forschung fördern, sich digitalisieren und untereinander vernetzen, wachsen stärker als Länder, die das nicht tun.

International kann Deutschland vor allem mit seiner Offenheit gegenüber dem Welthandel punkten. Aufholen muss es beim Thema Industrie 4.0. Mehr als vier von fünf Unternehmen haben sich noch nicht ernsthaft damit beschäftigt – auch wegen des stockenden Breitbandausbaus.

Die Industrie ist und bleibt für die deutsche Wirtschaft wichtig. Für IW-Ökonomin Vera Demary zeigen die Daten aber auch, dass es keine überlegene Wirtschaftsstruktur gibt. „Es kommt nicht darauf an, was man produziert, sondern wie man produziert.“

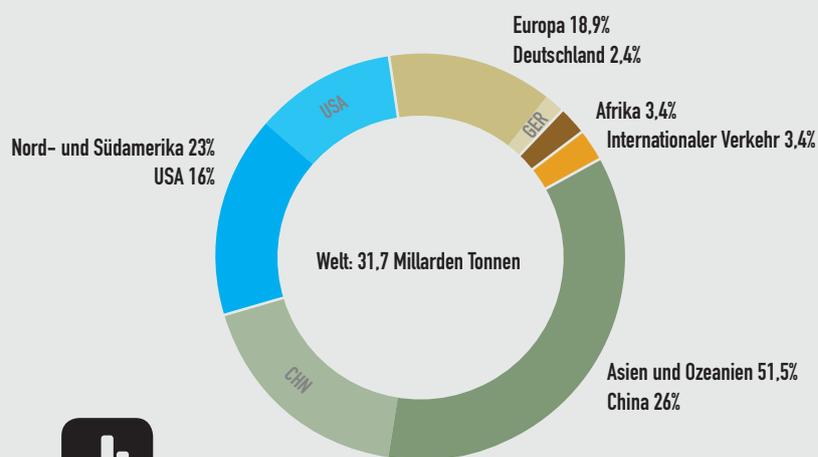
Neben Entwicklungstreibern wie der Globalisierung und der Digitalisierung nahmen die Wissenschaftler auch die zehn Jahre Kanzlerschaft von Angela Merkel unter die Lupe. Die Bilanz ist gemischt: Die Reformdynamik zu Beginn der ersten Amtszeit stärkte den Standort Deutschland, und auch die Finanzkrise 2008 wurde gut gemanagt. Danach mangelte es jedoch weithin an wirtschaftspolitischem Eifer. Die gute Entwicklung am Arbeitsmarkt verdanken die Deutschen vor allem der Agenda 2010 – der Reform, die Merkels Vorgänger Gerhard Schröder letztlich das Amt kostete. ■

## Nachgerechnet

# 296

**Prozent** beträgt der Anstieg der Kohlendioxidemissionen Chinas seit 1990. Damit hat das Land die USA längst als weltweit größter Emittent abgelöst. Weil Indien, Indonesien und einige andere ihren Ausstoß in ähnlicher Größenordnung gesteigert haben, hängt der Erfolg der Klimakonferenz in Paris nicht nur von den klassischen Industrienationen ab, sondern auch von den Schwellenländern. ■

## Anteil an CO<sub>2</sub>-Emissionen 2012 durch Nutzung fossiler Brennstoffe



Interaktive Grafik

## Abgelichtet

**D**as Vereinigte Königreich und der Rest Europas befinden sich womöglich am Wendepunkt ihrer Partnerschaft. So wie sich diese Eisenbahn im Norden Großbritanniens absehbar entfernen wird, so geht das ganze Land auf Distanz zum „Kontinent“. Ein Referendum könnte demnächst sogar den EU-Austritt besiegeln. Die damit potenziell einhergehenden Einschränkungen des freien Verkehrs von Personen, Waren, Dienstleistungen und Kapital würden beiden Seiten schaden – am meisten wohl den Briten selbst. Naheliegender aber ist, dass Premierminister David Cameron die Abstimmung dazu benutzen will, um Vergünstigungen für sein Land in der EU durchzusetzen. Möglicherweise setzt Cameron darauf, dass sich Politik in Bewegung setzen lässt wie eine Dampflokomotive: mit Druck. ■



Studie





# SICHER LANDEN IN DER DIGITALEN WELT

**Die digitale Transformation verändert die Wertschöpfungsketten in nahezu allen Branchen und Regionen. IW Consult liefert Unternehmen konkrete Ansatzpunkte für eine erfolgsorientierte strategische Positionierung.**

[iwconsult.de](http://iwconsult.de)

## **Hat Ihr Unternehmen die digitale Reife?**

Mit dem Digital-Index ermitteln wir einen exakten Status Ihres Unternehmens in acht Feldern. Sie erfahren zudem, wie Sie im Vergleich zur Branche positioniert sind und welche Kennziffern den Zusammenhang von Digitalisierung und Unternehmenserfolg aufzeigen.

## **Wie wirkt sich die voranschreitende Digitalisierung auf Wirtschaft und Gesellschaft aus?**

Basierend auf unseren Studien und Regionalanalysen entstehen nachhaltige Erfolgskonzepte, die aus den Herausforderungen unserer Zeit echte Chancen generieren.

## **Nutzen Sie unser Know-how!**

Profitieren Sie von der exzellenten Qualität unserer Ergebnisse, die wir aus Primär- und Sekundärquellen mit moderner Empirie und eigenen Panels gewinnen. Wir sind außerdem Schaltzentrale und Koordinierungsstelle für den weltweit etablierten Klassifikationsstandard eCl@ss – ein wichtiges Bindeglied auf dem Weg zur Industrie 4.0. Denn eines ist sicher: Wer in der digitalen Welt kommuniziert, braucht verlässliche Standards.

**iW CONSULT. LÖSUNGEN  
FÜR DIE WIRTSCHAFT.**